



Kanton Zürich
Baudirektion
Amt für Raumentwicklung
Raumplanung
Team Süd-West

Gebietsmanagement Lengg – Ausschreibung für die Erarbeitung eines Mobilitäts- und Parkierungskonzepts

8. März 2019

Inhalt

1. Aufgaben und Bestimmungen zur Bewerbung «Erarbeitung Mobilitäts- und Parkierungskonzept»	3
1.1. Zielsetzung des Auswahlverfahrens und Gegenstand der Beschaffung	5
1.2. Erarbeitung Mobilitäts- und Parkierungskonzept	6
1.3. Abgrenzung	7
2. Allgemeine Submissionsbestimmungen	8
2.1. Auftraggeberin	8
2.2. Verfahren	8
2.3. Zulassung von bisherigen Anbieterfirmen	8
2.4. Gegenstand, Umfang und Dauer des Auftrags	9
2.5. Weitere Bestimmungen	9
2.6. Zusammensetzung des Teams	9
2.7. Einreichung der Offerten und Ablauf des Verfahrens	10
3. Auswahlkriterien	11
3.1. Eignungskriterien	11
3.2. Zuschlagskriterien	12
4. Abzugebende Unterlagen	14
5. Gliederung der Offerte	15
Beilagen	16

1. Aufgaben und Bestimmungen zur Bewerbung «Erarbeitung Mobilitäts- und Parkierungskonzept»

Ausgangslage

Das Gebiet Lengg liegt am östlichen Stadtrand von Zürich in den Quartieren Hirslanden und Riesbach (Kreise 7 und 8) und grenzt an die Gemeinde Zollikon. Zahlreiche Institutionen aus den Bereichen Gesundheit und Forschung sind dort angesiedelt (Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK), Universitätsklinik Balgrist, Schulthess Klinik, Klinik Hirslanden, Schweizerische Epilepsie-Stiftung (EPI), Klinik Lengg, Balgrist Campus, Mathilde Escher-Heim, Pflegezentrum Riesbach, Pflegeheim Rehalp (Diakoniewerk Neumünster), Wohn- und Pflegezentrum Blumenrain, Zollikon). Auch die Universität Zürich (UZH) und die ETH Zürich forschen und lehren am Standort. In naher Zukunft wird das neue Universitäts-Kinderspital Zürich in der Lengg seinen Betrieb aufnehmen. Bereits heute ist die Lengg mit rund 3'500 Beschäftigten das grösste Arbeitsplatzgebiet im Gesundheitsbereich der Schweiz.



Mit Beschluss des Zürcher Kantonsrats wurde 2014 im kantonalen Richtplan festgelegt, dass für die Lengg eine Gebietsplanung zu erarbeiten ist. Der Richtplaneintrag ist ein politischer Auftrag zur Erweiterung und Konzentration von Gesundheits- und Forschungseinrichtungen am Standort Lengg. Zudem weist der Richtplaneintrag auf den Koordinationsbedarf in der Gebietsentwicklung und der Verkehrserschliessung hin. Die Entwicklungsperspektive, die Grundsätze der räumlichen Entwicklung und die Schritte zu deren Umsetzung wurden in einem Masterplan festgehalten. Der Masterplan Lengg wurde am 27. September 2017 vom

Stadtrat (StRB Nr. 800/2017) sowie am 1. November 2017 vom Regierungsrat (RRB Nr. 1003/2017) zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Eckpfeiler der Gebietsentwicklung wurden zudem in die Teilrevision des kantonalen Richtplans 2017 aufgenommen.

Mit der geplanten baulichen Entwicklung in der Lengg und dem bereits begonnenen Bau des Kinderspitals nimmt der durch Aktivitäten im Gebiet ausgelöste Verkehr bis ins Jahr 2040 gegenüber dem Jahr 2015 gemäss Prognose um mehr als 80% zu (vgl. Schlussbericht Vertiefung Verkehr, 2017).

Heute erfolgen gut 50% der Zu- und Wegfahrten vom/zum Gebiet Lengg mit dem Öffentlichen Verkehr (ÖV), gut 40% mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) und rund 10% mit dem Fuss- und Veloverkehr (vgl. Schlussbericht Vertiefung Verkehr, 2017). Während beim ÖV die vorhandenen Reserven ausgeschöpft und die Kapazitäten durch zusätzliche Linien und Haltestellen erhöht werden können, sind die Möglichkeiten einer Zunahme des MIV beschränkt und im Sinne des Masterplans Lengg vom Oktober 2017 zu begrenzen. Kleinräumig kann der Mehrverkehr durch Knotenausbauten aufgenommen werden, grossräumig ist das in Richtung Stadt Zürich jedoch nicht möglich: Rund die Hälfte der MIV-Fahrten vom/zum Gebiet Lengg erfolgt über die insbesondere zu Spitzenzeiten überlasteten Strassenzüge der Zürcher Innenstadt. Auch der Fuss- und Veloverkehr kann aufgrund der Lage und Topographie des Gebietes Lengg sowie des Einzugsgebietes der Institutionen nur einen geringen Anteil des Mehrverkehrs übernehmen.

Gemäss dieser Analyse, aufgrund der Vorgaben des kantonalen Richtplans (Grundsatz: Der öffentliche Verkehr hat mindestens die Hälfte des Verkehrszuwachses zu übernehmen, der nicht auf den Fuss- und Veloverkehr entfällt.) und in Übereinstimmung mit der Strategie der Stadt Zürich «Stadtverkehr 2025»¹ ist im Rahmen der Entwicklung im Gebiet Lengg eine Verlagerung der Verkehrsanteile vom MIV zum ÖV und – zu geringeren Anteilen – zum Fuss- und Veloverkehr notwendig. Deshalb wurde im Rahmen des Masterplanes festgehalten, dass ein Mobilitäts- und Parkierungsmanagement als Voraussetzung für die Entwicklungen im Gebiet Lengg einzuführen ist. Mit allfälligen weiteren Massnahmen soll es bewirken, dass die im direkten Zusammenhang mit dem Gebiet erzeugten MIV-Fahrten gegenüber dem Stand 2015 nur begrenzt anwachsen, wobei das Wachstum primär ausserhalb der Verkehrsspitzenstunden erfolgen soll.

Für die grösseren Institutionen in der Lengg soll die Anzahl zulässiger Fahrten des MIV pro Jahr in Abhängigkeit ihrer Erweiterungen, der Entwicklung des Angebots des öffentlichen Verkehrs und des tageszeitabhängigen Verkehrsaufkommens festgelegt werden. Die Fahrtenbegrenzung und die dafür nötigen Massnahmen wie ein Mobilitäts- und Parkierungsmanagement sind in Verträgen oder Planungsinstrumenten zu regeln.

Zur Erreichung der Ziele aus dem Masterplan wurden folgende Prozessschritte definiert:

- Phase 1a: Prüfung von verschiedenen Möglichkeiten zur planungsrechtlichen und vertraglichen Sicherung und Umsetzung des Mobilitäts- und Parkierungskonzepts (nicht Bestandteil dieser Ausschreibung)

¹ Für die Verkehrsentwicklung im Gebiet Lengg sind insbesondere zwei Ziele der genannten Ziele relevant: «Modalsplit von ÖV, Fuss- und Veloverkehr erhöhen», «Kapazität für den MIV nicht erhöhen.» Quelle: Stadt Zürich (2014): Stadtverkehr 2025 – Strategie für eine stadtverträgliche Mobilität.

- Phase 1b: Aktualisierung und Detaillierung des Verkehrsmengengerüsts aus der Vertiefung Verkehr aus dem Jahr 2017 (nicht Bestandteil dieser Ausschreibung)
- Phase 2: Erarbeitung des Mobilitäts- und Parkierungskonzepts (vorliegende Ausschreibung)

Das Mobilitäts- und Parkierungskonzept soll im Anschluss an dessen Erarbeitung in geeigneter Form verbindlich für alle beteiligten Institutionen gesichert werden. Dieses schriftliche «Commitment» bildet für alle Beteiligten die verbindliche Grundlage für die planungsrechtliche und/oder vertragliche Umsetzung des Mobilitäts- und Parkierungskonzeptes.

Das mit dieser Ausschreibung zu bestimmende Büro erarbeitet das Mobilitäts- und Parkierungskonzept in Abstimmung mit dem Gebietsmanagement Lengg bzw. mit den beteiligten Projektpartnern. Die Aufgaben und Leistungen sind nachfolgend beschrieben.

1.1. Zielsetzung des Auswahlverfahrens und Gegenstand der Beschaffung

Mit vorliegender Ausschreibung soll das Mandat für die Erarbeitung eines Mobilitäts- und Parkierungskonzepts gestützt auf ein offenes Submissionsverfahren vergeben werden.

Das Mobilitäts- und Parkierungskonzept soll aufzeigen, welche Massnahmen geeignet sind, die Vorgabe der Anzahl noch zulässiger MIV-Fahrten pro Jahr² gemäss Verkehrsmengengerüst einzuhalten. Dazu sollen im Konzept Aussagen zur Fahrtenbeschränkung und -verteilung auf die Institutionen, zu einem Verkehrsmonitoring sowie zu einem geeigneten Sanktionierungsmodell bei Überschreitung der Fahrtenzahl gemacht werden.

Als **Beschaffungsgegenstand** im vorliegenden Submissionsverfahren werden demnach Leistungen im Bereich der fachlichen Erarbeitung des Mobilitäts- und Parkierungskonzepts sowie der Moderation zwischen den verschiedenen Projektpartnern erfasst.

Die fachliche Erarbeitung setzt eine breite praktische Erfahrung und hohes fachliches Know-how in diesen Themenbereichen voraus. Zudem ist für die Abstimmung der verschiedenen Massnahmen zwischen den Projektpartnern ein Moderations- und Aushandlungsprozess notwendig, welcher mit einem entsprechenden Verhandlungsgeschick geführt werden muss. Daher hat die Anbieterin entsprechende Referenzen in vergleichbaren Projekten, vorzugsweise auch im Gesundheitsbereich und Beratungsleistungen sowie umfassendes Fachwissen und adäquate Erfahrungen der Schlüsselpersonen nachzuweisen.

² Die Anzahl zulässiger MIV-Fahrten sind in Abhängigkeit der Erweiterungen etappiert festzulegen.

1.2. Erarbeitung Mobilitäts- und Parkierungskonzept

Die Beschaffungsstelle rechnet mit einem Auftrags- bzw. Bearbeitungsvolumen von rund 400 bis 500 Stunden.

Diese Angabe stellt einen Grobrahmen dar und geht von in diesen Themen erfahrenen Dienstleistungsanbieterinnen aus. Diese Leistungen sind mit einem Kostendach zu offerieren.

Arbeitsablauf Die Beschaffungsstelle geht von folgendem Erarbeitungsablauf aus:

1. Aufteilung der maximalen Anzahl MIV-Fahrten auf die einzelnen Institutionen

In einem ersten Schritt wird die bereits festgelegte maximale Anzahl MIV-Fahrten für das Gebiet Lengg (Ergebnis Phase 1b) auf die einzelnen Institutionen aufgeteilt. Die prognostizierte Fahrtenerzeugung der einzelnen Institutionen steht als Grundlage aus der Phase 1b zur Verfügung. Diese basiert jedoch auf den geplanten Entwicklungen ohne jeweiligen Vorgaben betreffend Fahrtenbegrenzung. Die Fahrtenerzeugung pro Institution ist im Rahmen des vorliegenden Mandats so zu begrenzen, dass in der Summe die gesamte Anzahl zulässiger Fahrten für das ganze Gebiet nicht überschritten wird. Damit wird auch die Verantwortlichkeit für das Einhalten der zulässigen Gesamtfahrtenerzeugung klar definiert. Die Anzahl zulässiger MIV-Fahrten ist dabei in Anlehnung an Phase 1b für folgende Zeithorizonte zu bestimmen:

- 2019 Ist-Zustand
- 2025 mit neuem Kinderspital
- 2040 Endzustand mit Ausbau aller Institutionen

Die nutzbare maximale Anzahl MIV-Fahrten ist zudem abhängig von den tatsächlich bereits erfolgten baulichen Erweiterungen. Massgebender Zeitpunkt für die Anpassung der maximalen Anzahl nutzbarer Fahrten ist die Bezugsbewilligung für die entsprechenden Erweiterungen. Im Rahmen des vorliegenden Mandats ist die Methodik für die zukünftige Bestimmung der etappierten Fahrtenbegrenzung festzulegen.

2. Auslegeordnung bestehende Massnahmen

Im zweiten Schritt werden die bestehenden Massnahmen der Institutionen zur Erhöhung des Modalsplits von ÖV, Fuss- und Veloverkehr (z.B. Subventionierung ÖV-Abonnemente, Optimierung Arbeits-/Besuchszeiten) sowie von allfälligen bereits heute praktizierten Monitoring- und Sanktionierungsmassnahmen der Institutionen im Gebiet Lengg zusammengestellt.

3. Erarbeitung Katalog möglicher Massnahmen

Im dritten Schritt werden verschiedene noch nicht oder nur ansatzweise realisierte Massnahmen auf Ebene der Institutionen aus vergleichbaren Situationen anderer Gebiete und – ergänzend – aus der Literatur zusammengetragen. Anschliessend werden Möglichkeiten zur Koordination bzw. Ausschöpfung des Synergiepotenzials zwischen den Institutionen sowie ggf. mit anderen Akteuren (Sportorganisationen, Quartiervereine etc.) identifiziert.

4. Potenzialabschätzung und Bewertung möglicher Massnahmen

Die in den beiden Arbeitsschritten 2 und 3 erarbeiteten Massnahmen sollen im vierten Schritt bezüglich ihres Potenzials zur Veränderung des Modalsplits zugunsten des ÖV,



Fuss- und Veloverkehrs und ihrer tatsächlichen Realisierbarkeit bewertet werden (abhängig von Aufwand, betrieblichen Prozessen etc.).

Diese Potenzialabschätzungen und deren Bewertung erfolgen vorzugsweise mittels Workshops mit den Institutionen.

5. Entwickeln von Massnahmenbündeln

Im fünften Schritt werden realistische Massnahmenbündel mit hohem Potenzial zur Erhöhung des Verkehrsanteils von ÖV, Fuss- und Veloverkehr erarbeitet und ein Plan zur etappten Realisierung dieser Massnahmen erstellt.

Die Entwicklung der Massnahmenbündel erfolgt vorzugsweise mittels Workshop mit den Institutionen.

6. Entwickeln Monitoring- und Sanktionierungsmodell

Im sechsten Schritt werden zunächst die allenfalls bestehenden und in Schritt 2 zusammengetragenen Monitoring- und Sanktionierungsmodelle gesichtet und bewertet. Anschliessend wird ein Gesamtvorschlag für ein Monitoring- und Sanktionierungsmodell für das Gebiet Lengg erarbeitet. Der Vorschlag soll so ausgestaltet sein, dass er möglichst in allfällig bestehende Modelle integriert werden kann. In diesem Schritt ist auch zu klären, welche Instanz bzw. Organisation für das Monitoring und die entsprechende Berichterstattung sowie für künftige Anpassungen im Massnahmenbündel zuständig sein soll.

Die Entwicklung des Monitoring- und Sanktionierungsmodells erfolgt vorzugsweise mittels Workshop mit den Institutionen.

7. Verfassen Bericht

Die Resultate aus den Schritten 1-6 werden in einem Bericht «Mobilitäts- und Parkierungskonzept» dargestellt. Der Bericht wird durch die zuständigen Gremien verabschiedet.

Koordination und
Administration

Neben der fachlichen Er- und Bearbeitung sind innerhalb des Kostendachs folgende Positionen zu offerieren:

- Detaillierte Terminplanung und Festsetzung der Bearbeitungsschritte
- Vorbereitung, Einladung, Protokollführung und Nachbereitung von Sitzungen und Workshops mit den Projektpartnern
- Moderation und Führung der Sitzungen und Workshops bei den verschiedenen Prozessschritten
- Korrespondenz, Kontakte zu den verschiedenen Akteuren, Sitzungsplanung, Festlegung der Räumlichkeiten, usw.
- Dokumentation der Ergebnisse des Prozesses in einem Schlussbericht (inkl. Redaktionsrunde in den Gremien des Gebietsmanagements)
- Druck des Schlussberichts in 20-facher Ausführung

1.3. Abgrenzung

Grundlagenerarbeitung zu
den Verkehrszahlen

Die Erarbeitung und Zusammenstellung der Grundlagedaten zum Verkehrsmengengerüst ist im Leistungsbescrieb nicht enthalten. Die Arbeiten zum Mobilitäts- und Parkierungskonzept bauen auf der Vertiefungsstudie Verkehr der

Firma Metron (2017) sowie der Aktualisierung des Verkehrsmengengerüsts (ebenfalls von Metron, Ergebnisse liegen voraussichtlich im Juni 2019 vor) auf.

2. Allgemeine Submissionsbestimmungen

2.1. Auftraggeberin

Auftraggeberin

Die Auftraggeberin ist zugleich Vergabestelle: Baudirektion Kanton Zürich, Amt für Raumentwicklung, Raumplanung, Stampfenbachstrasse 12, Postfach, 8090 Zürich

2.2. Verfahren

Die Submission wird gemäss § 12 Abs. 1 Bst. a der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) in einem offenen Verfahren im nicht vom Staatsvertrag erfassten Bereich durchgeführt. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere im Zusammenhang mit dieser Beschaffung stehende Aufträge freihändig der Zuschlagsempfängerin zu erteilen (§ 10 Abs. 1 Bst. g Submissionsverordnung vom 23. Juli 2003; SVO).

Das Gesetz vom 15. September 2003 über den Beitritt zur revidierten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001, die interkantonale Vereinbarung über das Beschaffungswesen vom 15. September 2003 und die Submissionsverordnung vom 23. Juli 2003 (SVO) bilden die gesetzlichen Grundlagen des vorliegenden Submissionsverfahrens. Diese Grundlagen werden als bekannt vorausgesetzt.

2.3. Zulassung von bisherigen Anbieterfirmen

Die bisherige Anbieterfirma für die Vertiefungsstudie Verkehr und der Aktualisierung des Verkehrsmengengerüsts wird von der Offertstellung ausgeschlossen. Der Wissensvorsprung gegenüber anderen Anbieterfirmen kann nicht durch die Offenlegung der bisherigen Arbeiten kompensiert werden. Die bisherigen Arbeiten dienen als Grundlage für die Erstellung des Mobilitäts- und Parkierungskonzepts. Diese Dokumente können unter dem Link www.are.zh.ch/lengg abgerufen werden.

Andere Anbieterfirmen von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Gebietsmanagement Lengg beziehungsweise dem weiteren Umfeld des Projekts sind hingegen zur Offertstellung zugelassen. Dies trifft auch auf Subunternehmer zu.

Im vorliegenden Submissionsverfahren gilt somit nur die Firma «Metron AG, Stahlrain 2, 5201 Brugg» als vorbefasst, die von einer Offertstellung ausgeschlossen werden muss.

2.4. Gegenstand, Umfang und Dauer des Auftrags

Gegenstand und Umfang der Beschaffung sind unter Ziffer 1.2 vorgängig umschrieben. Der Zeitplan wird in einer separaten Ziffer festgehalten. Das Projekt dauert gemäss der vorgesehenen Planung vom Juli 2019 bis Ende März 2020. Die Tätigkeiten werden innerhalb dieser Projektdauer zu erbringen sein.

2.5. Weitere Bestimmungen

Teilangebote	Teilangebote sind nicht zugelassen.
Varianten	Varianten sind ausgeschlossen.
Lose	Die Bildung von Losen ist nicht vorgesehen.
Leistungen	Die Leistungen werden im Zeitraum zwischen Juli 2019 bis Ende März 2020 zu erbringen sein.
Sprache des Verfahrens	Die Sprache des Verfahrens ist Deutsch. Die Angaben zur Firma und zu den Referenzen sowie allfällige weitere Unterlagen (Beilagen, Berichte usw.) sind ebenfalls in deutscher Sprache einzureichen.
Bietergemeinschaften	Bietergemeinschaften sind ausgeschlossen.
Subunternehmer	<p>Subunternehmer sind zugelassen. Die Subunternehmer sind mit den ihnen zugewiesenen Rollen genau zu bezeichnen. Die Anbieterfirma, die Subunternehmer vorschlägt, trägt die Gesamtverantwortung gegenüber der Vergabestelle für die Erfüllung sämtlicher verlangter Leistungen. Die Anbieterfirma tritt in der Rolle einer Generalunternehmerin auf. Die Vergabestelle kann Subunternehmer ohne begründeten Anlass nicht ablehnen.</p> <p>Die Subunternehmer müssen die formalen Eignungskriterien ebenfalls erfüllen und demnach ein entsprechendes Firmendeklarationsblatt vollständig ausgefüllt und unterzeichnet einreichen.</p>

2.6. Zusammensetzung des Teams

Die Anbieterin hat die Zusammensetzung des Teams unter Angabe der folgenden Punkte in einem separaten Dokument festzuhalten:

- Schlüsselpersonen und deren Kompetenzen in der Verkehrsplanung und der Moderation von Prozessen
- Ausbildung, praktische Erfahrung und Rolle in wichtigen Projekten der Anbieterfirma beziehungsweise Drittfirmen
- Vorgesehene Rolle im Projekt



2.7. Einreichung der Offerten und Ablauf des Verfahrens

Eingabetermin	Die Unterlagen sind spätestens bis zum 23. April 2019, 16:00 Uhr in schriftlicher und elektronischer Form (CD, Download-Link oder USB-Stick) an nachstehende Adresse einzureichen. Der Poststempel ist nicht massgebend. Die Anbieterin hat den Nachweis der rechtzeitigen Eingabe der Offerte zu erbringen.
Eingabestelle	<p>Das Angebot ist in einem verschlossenen Couvert / Paket abzugeben und wie folgt zu adressieren:</p> <p>Vertraulich nicht öffnen Amt für Raumentwicklung Gebietsmanagement Lengg Claude Benz Stampfenbachstrasse 12 8090 Zürich</p> <p>Die Offerten können auch beim Empfang des ARE Stampfenbachstrasse 12 im 4. Stock gegen Empfangsbestätigung während der Öffnungszeiten von 08:30 – 11:30 Uhr und von 13:30 – 16:30 abgegeben werden.</p>
Frageneinreichung zur Ausschreibung	Fragen zum Bewerbungsverfahren können per E-Mail an Claude Benz (claude.benz@bd.zh.ch) gestellt werden. Die Antworten werden allen Bewerberinnen und Bewerber in anonymisierter Form auf der simap-Plattform aufgeschaltet. Die entsprechenden Termine und Fristen sind nachstehend aufgeführt. Es werden keine telefonischen Auskünfte erteilt. Der Korrespondenzweg ist ausgeschlossen.
Bezug der Unterlagen	<p>Die Ausschreibungsunterlagen samt den dazugehörigen Beilagen können auf simap.ch heruntergeladen werden. Es werden keine Ausschreibungsunterlagen versandt.</p> <p>Der Bezug der Unterlagen ist kostenlos.</p>
Entschädigung	Für das eingereichte Angebot wird keine Entschädigung ausgerichtet.
Offertöffnung	Über die Öffnung der Angebote wird ein Protokoll erstellt. Den Anbietenden wird auf Verlangen nach der Zuschlagserteilung Einsicht in das Offertöffnungsprotokoll gewährt. Die entsprechenden Anträge sind an die Vergabestelle zu richten. Die Offertöffnung ist nicht öffentlich.
Verbindlichkeit	Die Dauer der Verbindlichkeit der Offerte beträgt sechs Monate ab Zeitpunkt der Einreichung des Angebots.
Dienstleistungsvertrag	Der Dienstleistungsvertrag wird mit der Zuschlagsempfängerin nach dem Submissionsverfahren abgeschlossen. Vertragsbestandteile in nachstehender Rangfolge bilden u.a. die vorliegenden Ausschreibungsbedingungen und die Offerte der Zuschlagsempfängerin samt Beilagen. In diesem Vertrag werden ebenfalls die Mitwirkungspflichten der Vergabestelle und die weiteren Vertragskonditionen festgehalten. Die Beauftragte hat den Aufwand im Detail auszuweisen und für die betreffenden Mitarbeitenden eine separate Auflistung zu erstellen. Es werden nur die

ausgewiesenen Leistungen vergütet. Der Vertrag wird auf der Grundlage des Auftragsrechts nach Obligationenrecht abgeschlossen.

Termine Es sind folgende Termine festgelegt:

- Publikation der Ausschreibung 22. März 2019
- Fragen zur Bewerbung
an claudette.benz@bd.zh.ch: bis 1. April 2019
- Fragenbeantwortung Bewerbung: bis 4. April 2019
- Einreichung Angebote: bis 23. April 2019
- Offertöffnung 23. April 2019
- Einladung zur Offertpräsentation: spätestens am
3. Mai 2019
- Präsentation Offerten in Anwesenheit
von Projektpartnern 14. Mai 2019 vormittags
20. Mai 2019 vormittags
- Zuschlagsverfügung durch ARE: Ende Juni 2019

3. Auswahlkriterien

3.1. Eignungskriterien

Die Eignungskriterien sind im Anhang festgehalten. Zusätzlich gehört die Selbstdeklaration der Anbieterfirma zu den Eignungskriterien. Die Selbstdeklaration ist sowohl durch die Anbieterin als auch durch die Subunternehmerfirma auszufüllen und zu unterzeichnen (Formular 1 Selbstdeklaration). Zusätzlich gehören zu den Eignungskriterien die Angaben der fachlichen, organisatorischen, personellen und finanziellen Leistungsfähigkeit. Daher sind die Eignungskriterien (Formular 2) ebenfalls vollständig auszufüllen und zu unterzeichnen.

Die Eignungskriterien sind als sogenannte Musskriterien ausgestaltet. Sie sind als erfüllt, beziehungsweise nicht erfüllt (ja / nein) anzuführen. Falls ein Eignungskriterium mit nicht erfüllt (nein) oder überhaupt nicht beurteilt wird, führt dies zum Ausschluss aus dem Submissionsverfahren. Unwahre oder unvollständige Angaben bei der Beantwortung der Eignungskriterien ziehen ebenfalls den Ausschluss aus dem Verfahren nach sich (§ 4a Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen).

Die Beschaffungsstelle behält sich vor, die Angaben gestützt auf Nachweise zu verifizieren.

3.2. Zuschlagskriterien

Die Zuschlagskriterien werden bewertet, wenn feststeht, dass eine Anbieterin sämtliche Eignungskriterien erfüllt hat. Zudem müssen die formellen Anforderungen erfüllt sein (rechtzeitig eingereichte, vollständige und unterzeichnete Offerte). Die Zuschlagskriterien samt den Subkriterien werden im Einzelnen bewertet. Die Punktezahl je Zuschlagskriterium ergibt sich aus der Multiplikation der erreichten Punkte mit der jeweiligen Gewichtung. Je Kriterien werden zwischen 0 und 10 Punkte vergeben.

Diejenige Anbieterin mit der höchsten Gesamtpunktzahl erhält den Zuschlag (§ 33 Abs. 1 SVO).

Bewertungsraster

- 9 – 10 Punkte: sehr gutes Ergebnis; sämtliche Anforderungen werden erfüllt, das Angebot entspricht vollumfänglich oder weitestgehend den Erwartungen der Vergabestelle.
- 7 – 8 Punkte erhalten Angebote, welche die Kriterien insgesamt gut erfüllen.
- 5 – 6 Punkte werden vergeben, wenn das Angebot im Ergebnis recht gut bis brauchbar ist, jedoch Lücken oder punktuelle Mängel aufweist.
- 3 – 4 Punkte erhalten Angebote mit Mängeln. Die Erfüllung der gestellten Aufgaben erscheint fraglich. Die Anforderungen werden nur teilweise erfüllt.
- 1 oder 2 Punkte werden bei ungenügenden Angebote vergeben.
- 0 Punkte erhält ein Angebot, das unbrauchbar ist.

Die Auswertung samt den Punktevergaben erfolgt durch die Vergabestelle nach pflichtgemässen Ermessen. Die Vergabestelle kann von den Anbieterfirmen verlangen, dass sie ihre Eignung und insbesondere ihr Angebot näher erläutern. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn die Angaben in der Offerte unklar sind. Eine Nachbesserung oder eine Korrektur des Angebots ist aber in jedem Fall ausgeschlossen.

Zuschlagskriterien und deren Gewichtung

Es sind folgende Zuschlagskriterien vorgesehen:

1. Organisation und Auftragsanalyse mit den Subkriterien Schlüsselpersonen, Vorgehensbeschreibung, Referenzen
2. Honorarangebot
3. Offertpräsentation
4. Lehrlingsausbildung (Ausbildung von Lernenden in der Grundausbildung)

In der nachstehenden Übersicht ist die Gewichtung der Zuschlagskriterien und der Subkriterien abgebildet.



Zuschlagskriterien und
Gewichtung

<p>Subkriterium 1: Schlüsselpersonen, insb. Projektleitende(r)</p> <p>(Grund- und Zusatzausbildung, Anzahl Jahre Berufserfahrung in dieser Funktion, Anzahl Jahre Projekterfahrung, Multidisziplinarität)</p> <p>Gewichtung 15%</p>	<p>Gewichtung</p> <p>45%</p>
<p>Subkriterium 2: Referenzen</p> <p>Referenzen des Teams für die ihm anvertrauten Aufgaben, Prozessbegleitung und fachliche Inputs</p> <p>(Vergleichbarkeit der Aufgabe, Führung von Aushandlungsprozessen, Erfahrungen mit Projekten von Gesundheitsinstitutionen)</p> <p>Gewichtung 15%</p>	
<p>Subkriterium 3: Vorgehensbeschrieb Erarbeitung Mobilitäts- und Parkierungskonzept max. 2 A4-Seiten</p> <p>(Methodischer Ansatz, Erfassung der Komplexität der Aufgabe, Einfachheit des Vorgehens)</p> <p>Gewichtung 15%</p>	
<p>Zuschlagskriterium 2: Honorarangebot</p> <p>Das Angebot mit einem Preis, der 50% über dem tiefsten Preisangebot liegt, erhält 0 Punkte. Dazwischen erfolgt eine lineare Abstufung. Das Angebot mit dem tiefsten Preis erhält die maximale Punktezahl.</p>	<p>Gewichtung</p> <p>40%</p>
<p>Zuschlagskriterium 3: Offertpräsentation (nur bei den besten fünf Angeboten gemäss den Zuschlagskriterien 1-4 und 6)</p> <p>Kohärenz der Präsentation: Gewichtung 5%</p> <p>Beantwortung der Fragen: Gewichtung 5%</p>	<p>Gewichtung</p> <p>10%</p>
<p>Zuschlagskriterium 4: Lehrlingsausbildung (Ausbildung von Lernenden in der beruflichen Grundausbildung)</p> <p>Bewertet wird die Höhe in Prozenten zwischen der Anzahl Mitarbeitenden der Anbieterfirma und der Zahl der Lernenden, wobei sämtliche Berufskategorien</p>	<p>Gewichtung</p> <p>5%</p>



berücksichtigt werden. Je höher der Prozentsatz der Lernenden ist, umso höher die Bewertung.	
----------------------------------------------------------------------------------------------	--

Zusätzliche Bemerkungen:

Honorarangebot

Das Honorarangebot ist als Kostendach für den gesamten Zeitrahmen des Projekts mithin Juli 2019 bis März 2020 anzugeben.

Zusätzlich sind die vorgesehenen Einsatzzeiten in Prozent der am Projekt beteiligten Mitarbeitenden samt dem dazugehörigen gemittelten Stundenansatz von allen Projektmitarbeitenden anzuführen. Diese Angaben betreffend Stundenansätze werden nicht bewertet. Sie bilden die Grundlage für die Regelung der Honoraransätze im nachfolgenden Dienstleistungsvertrag.

Weitere Leistungen nach Einschätzung und Begründung durch die Anbieterin aufgrund des in dieser Ausschreibung aufgelisteten Ablaufes sind mit entsprechenden Aufwandpositionen darzulegen. Im Honorarangebot sind diese Leistungen separat unter Angaben der Stundenansätze anzuführen. Im Gesamtaufwand der Leistungen sind sie jedoch nicht zu berücksichtigen und werden auch nicht bewertet.

Offertpräsentation

Zur Offertpräsentation werden bis maximal 5 Anbieterinnen eingeladen. Dabei werden nur diejenigen Anbieterinnen berücksichtigt, welche bei den anderen Zuschlagskriterien die höchsten Punktzahlen erreicht haben. Diese Firmen haben alle noch die Möglichkeit, den Zuschlag zu erhalten, wenn sie bei der Offertpräsentation die maximale Punktezahl erreichen.

Die nicht zur Offertpräsentation eingeladenen Firmen werden nicht informiert, sie erhalten die Verfügung über den Submissionsentscheid.

Die Anbieterfirmen werden rechtzeitig (spätestens 7 Tage) vor der Offertpräsentation die Einladung mit dem zeitlichen Ablauf erhalten.

Es ist wichtig, dass die in der Offerte angeführten Schlüsselpersonen an der Offertpräsentation anwesend sind. Kurzfristige nicht vorhersehbare Umdisponierungen in der Zusammensetzung der Teams sind der Vergabestelle vor der Offertpräsentation mitzuteilen. Wenn andere als in der Offerte angeführte Personen ohne stichhaltige Begründung an der Offertpräsentation teilnehmen, kann dies zu Abzügen der Bewertung bei der Präsentation führen.

4. Abzugebende Unterlagen

Die Anbieterfirmen haben nachstehende Unterlagen vollständig und rechtsgültig unterzeichnet einzureichen. Unvollständige Offerten können vom Submissionsverfahren ausgeschlossen werden. Die vorliegenden Formulare müssen

zwingend verwendet werden. Die Benützung anderer Formulare oder Abänderungen in den Ausschreibungsunterlagen führen zum Ausschluss aus dem Verfahren.

Einzelne Unterlagen:

- Angaben zur Unternehmung (Selbstdeklaration) (Beilage 1)
- Eignungskriterien (Beilage 2)
- Honorarangebot mit zusätzlichen Angaben des gemittelten Stundensatzes (Beilage 3)
- Angaben zu den Schlüsselpersonen, Teamzusammensetzung und Verfügbarkeit (Beilage 4)
- Angaben zu Referenzprojekten (Beilage 5)

5. Gliederung der Offerte

Die Offerte ist wie folgt zu gliedern:

Begleitschreiben zur Offerteinreichung rechtsgültig unterzeichnet

1. Management summary, max. 2 Seiten
2. Firmendeklarationsblatt
3. Eignungskriterien
4. Zuschlagskriterien
5. Honorarangebot
6. Übersicht beruflicher Werdegang usw. der Teammitglieder
7. Berufliche Funktionen und Projekterfahrung der Schlüsselpersonen
8. Referenzprojekte
9. Eigene Angaben (zusätzliche Hinweise, Bemerkungen), max. 3 Seiten
10. Angaben Subunternehmen mit Deklarationsblatt und Eignungskriterien, beide unterzeichnet
11. Dokumente nach freier Wahl (werden nicht bewertet)

Die Anbieterin bestätigt mit ihrer Unterschrift des Begleitschreibens, dass die gemäss Ausschreibung einzureichenden Unterlagen vollständig ausgefüllt und rechtsgültig unterzeichnet sind. Zudem erklärt sich die Anbieterin mit den vorliegenden Zuschlagskriterien und Subkriterien samt deren Rangfolge und Gewichtung einverstanden und nimmt ebenfalls zur Kenntnis, dass die gestützt auf diese Ausschreibung unterbreitete Offerte Bestandteil des Dienstleistungsvertrags bildet, der mit der Zuschlagsempfängerin abgeschlossen wird. Die Anbieterin ist damit einverstanden, dass die angeführten Referenzpersonen der entsprechenden Referenzprojekte befragt werden können, wobei absolute Vertraulichkeit gewahrt wird, und stimmt dem gesamten Auswertungsverfahren zu.



Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Ausschreibung kann innert 10 Tagen von der Publikation an gerechnet beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Postfach, 8090 Zürich, schriftlich Beschwerde eingereicht werden. Die Beschwerdeschrift ist im Doppel einzureichen. Sie muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten. Die angefochtene Ausschreibung ist beizulegen. Die angerufenen Beweismittel sind genau zu bezeichnen und soweit möglich beizulegen.

Beilagen

Formulare:

1. Selbstdeklaration (Angaben zur Unternehmung)
2. Formale Eignungskriterien
3. Honorarangebot
4. Angaben zu den Schlüsselpersonen
5. Referenzprojekte der Anbieterfirma

Berichte:

- Vertiefung Verkehr vom März 2017
- Masterplan Lengg vom Oktober 2017